

(Staatsminister DDr. Wed.)

- (A) lichen Kräfte fordert, soll überall da, wo die erforderlichen Einrichtungen getroffen werden können, auch der Turnunterricht in den Lehrplan der Fortbildungsschule aufgenommen werden. Im Rahmen der Schule allein können freilich die Aufgaben der vaterländischen Erziehung nicht hinreichend gelöst werden, denn außerhalb der Schule ist die Jugend zahlreichen Versuchungen ausgesetzt, und ihre überschüssigen Kräfte bedürfen der Leitung, wenn sie nicht in falsche Bahnen geraten sollen. Es ist daher hoch erfreulich, daß sich bereits viele vaterländisch gesinnte Vereinigungen gebildet haben, die sich außerhalb der Fortbildungsschule, aber vielfach in Anlehnung an diese unter sehr erfreulicher tätiger Mitwirkung der Lehrerschaft der Jugendpflege widmen. Da indes diese Vereinigungen ihre Wirksamkeit meist unvermittelt neben einander entfalten, so hat sich auf Anregung der Staatsregierung, wie der Herr Minister des Innern noch näher darlegen wird, ein Landesausschuß gebildet, der alle diese Bestrebungen zu einer großen Organisation zusammenschließen und die Jugendpflege bis zum Eintritte der männlichen Jugend in das Militär ausdehnen will. Bedeutende Mittel sind erforderlich, und ohne kräftige Unterstützung des Staates, für den die vaterländische Jugendpflege eine der wichtigsten Angelegenheiten ist, kann das Ziel nicht erreicht werden. Darum befürwortet auch das Kultus-
- (B) ministerium von seinem Standpunkte aus die Bewilligung der für diesen Zweck in den Etat eingestellten Summe von gemeinjährig 100 000 M. auf das wärmste.

Meine Herren! Ich möchte mich zurzeit auf diese Bemerkungen beschränken und nur dem schon bei der allgemeinen Etatberatung von mir ausgesprochenen Wunsche noch einmal Ausdruck geben, daß in dieser hochwichtigen Angelegenheit sämtliche Ordnungsparteien Schulter an Schulter an der Seite der Regierung stehen mögen, um dadurch zugleich auch den Dank für die hochherzige Arbeit des Landesausschusses auf diesem Gebiete mit zu bekunden, für seinen verdienstvollen Vorsitzenden, Herrn Geh. Studienrat Dr. Stürenburg, und für alle Herren, die daran beteiligt sind, insbesondere auch, wie ich schon sagte, erfreulicherweise unsere Lehrerschaft, und ich hoffe, daß, wenn diese einmütige Rundgebung heute von hier aus erfolgt, sie dazu beitragen wird, im Lande die in so hocherfreulicher Bildung und Entwicklung begriffenen Ortsausschüsse für diese vaterländischen Bestrebungen immer mehr zu begeistern und dadurch eine weitere sichere Grundlage für die nur bei vaterländischer und monarchischer Gesinnung mögliche glückliche Entwicklung unseres Vaterlandes zu bieten.

(Lebhafte Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Minister des Innern.

Staatsminister Graf Bittium v. Cassadt: Meine Herren! Die Frage, ob und inwieweit gegen die von Sozialdemokraten oder sozialdemokratischen Vereinen geleiteten Jugendorganisationen eingeschritten werden kann, richtet sich im wesentlichen nach dem Reichsvereinsgesetz. Eine Überwachung von Vereinsversammlungen ist hiernach ausgeschlossen. Aufgelöst kann ein Verein werden, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft (§ 2). Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nach § 17 nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein, ihre Duldung als solche ist nach § 18 Ziff. 5 des Gesetzes strafbar. Daher können Vereine, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, dann, wenn sie trotzdem jugendliche Personen als Mitglieder aufnehmen, aufgelöst werden. Auf Grund dieser Bestimmungen hat die Polizeibehörde in Berlin die dortige sozialdemokratische Jugendorganisation aufgelöst, und das preußische Obergerverwaltungsgericht hat die Auflösung bestätigt. Dieses Urteil hat der preußische Herr Minister des Innern den preußischen Polizeibehörden zur Kenntnis gebracht, damit aber, wie der Herr Staatssekretär des Innern im Reichstage ausdrücklich erklärt hat, nicht etwa eine Auflösung aller sozialdemokratischen Jugendorganisationen in Bausch und Bogen angeordnet, sondern die Polizeibehörde in der Absicht informiert, daß die einzelnen Polizeibehörden von Fall zu Fall instanzmäßig zu prüfen haben, ob die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen einer Auflösung vorhanden sind, und hiernach ihre Entschlüsse fassen.

In Sachsen bestehen ebenfalls zweifellos zahlreiche Jugendorganisationen, die von sozialdemokratischem Geiste geleitet werden. Ein polizeiliches Einschreiten gegen diese ist auch hier an sich möglich, zumal nach der Rechtsprechung des sächsischen Oberlandesgerichtes ein Verein nicht nur dann als politisch anzusehen ist, wenn seine Bestrebungen darauf gerichtet sind, die politischen Gegenstände unmittelbar in die Tat umzusetzen, es vielmehr genügt, wenn der Verein dieses Ziel auch mittelbar, z. B. durch Werbung von Mitgliedern, zu erreichen sucht.

Neben den eigentlichen Jugendorganisationen bestehen noch in Sachsen die sogenannten Arbeiter- und Jugendbildungsausschüsse, denen die Jugend nicht formell angehört, von denen jedoch ebenfalls angenommen werden kann, daß sie das Ziel verfolgen, die Jugend politisch zu beeinflussen. Auch gegen diese kann gegebenenfalls nach dem Vereinsgesetze eingeschritten werden, nachdem